

Nicaragua - Von der Selbstbedienungsdiktatur zur bedrohten Übergangsgesellschaft

Dr. Dieter Eich, geb. 1946, Schlosser, II. Bildungsweg, Dipl.-Ing. Maschinenbau, Entwicklungshilfe in Lateinamerika, Studium der Soziologie in Münster, ist zur Zeit Referatsleiter in der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand und wird demnächst für längere Zeit in Nicaragua tätig sein.

Der 19. Juli 1982, der dritte Jahrestag der nicaraguanischen Revolution, spiegelte die Gesamtsituation des Landes wider: Von der Euphorie und dem Elan des Anfangs sind die Härte und der Wille zum Durchhalten geblieben, die Entschlossenheit, erneut alles zu riskieren, das Erreichte mit allen Mitteln zu verteidigen.

Seit der US-Kongreß am 11. August entschied, daß die US-Administration bei Bedrohung amerikanischer Interessen jederzeit militärisch intervenieren könne, rief Nicaragua die Mobilmachung aus. Die Sandinisten haben zwar noch keine Kanonenboote gesehen, aber die DeStabilisierung über die Nachbarstaaten und der Krieg an der Grenze zu Honduras geben einen Vorgeschmack.¹ Dort, in der Provinz Zelaya, kämpfen über 1000 Miskito-Indianer gegen die sandinistische Armee. Ausgebildet von ehemaligen Somoza-Gardisten, werden sie zum Kanonenfutter für eine Politik, die mit ihren Interessen und der notwendigen Lösung der Indianerfrage nichts zu tun hat.²

Der revolutionäre Transformationsprozeß ist in seinen inneren und äußeren Widersprüchen festgefahren. Das Bündnis aller politischen Kräfte, als Voraussetzung zum Sieg und als Grundlage für den Wiederaufbau, ist längst zerbrochen. Der Devisenmangel hat drastische Ausmaße angenommen, keiner weiß, wovon die am Jahresende fälligen Schulden von 500 Mio. US-Dollar bezahlt werden sollen.³ Die Unwetterkatastrophe im Mai 1982 verursachte Schäden von 450 Mio. Dollar und vernichtete mühsam wiederaufgebaute Agrar- und Infrastruktureinrichtungen. Neben dem bereits 1981 ausgerufenen

1 Vgl. El Pais, Madrid 21. 7.1982

2 FR 2. 8. 82; NZZ 14. 7. 82; Nicaragua Nachrichten, Wuppertal 8/82, 5 Jg.

3 WORLDBANK (Hrsg.): Nicaragua. The challenge of Reconstruction, Report Nr. 3524-NI 10/81, New York S. 10; Gabriel, Leonard, Chamorro, in: Tageszeitung 18. 7. 82

ökonomischen Notstand müssen nun auch noch die Grundnahrungsmittel rationiert und der Benzinverbrauch wesentlich eingeschränkt werden.⁴

Die Konsolidierung der Revolution ist bei der Masse der Bevölkerung sicherlich trotz all dieser Mühen vorangeschritten, zugleich wächst aber auch die Ernüchterung über ihre Möglichkeiten. Die Unterprivilegierten haben einen beispielhaften Integrationsprozeß erfahren, verfügen nun zu einem weitaus größeren Teil über gesichertes Einkommen, staatlich garantierte Sozialleistungen, Mitsprache am gesellschaftlichen Prozeß, alles in allem: über mehr Menschsein. Teile des Bürgertums und insbesondere die Unternehmerschaft haben den Sandinisten allerdings schon lange die Gefolgschaft gekündigt. Viele haben, bei gleichzeitiger Dekapitalisierung und Schwarzmarktumtauschaktionen, das Land bereits verlassen. Der Spielraum für notwendige weitere Reformen und neue sozialpolitische Projekte wird immer kleiner. Die Klasse, die bisher vom Status quo profitierte, deren Existenz und Zukunft von ihm abhängt, wird ihren Herrschaftseinfluß nicht freiwillig aufgeben.

Aus morschen Startblöcken

Die Lage vor Beginn der Revolution war deprimierend: Allein in den beiden letzten Jahren vorher waren 50000 Menschen umgekommen, 80000 waren schwer verletzt worden, 50000 Kinder waren verwaist und es gab 100000 Flüchtlinge. Die Gesamtbevölkerung umfaßt nur 2,4 Mio Menschen. Über 60000 Wohnungen waren ganz oder teilweise zerstört, ein Großteil der Infrastruktureinrichtungen, Transport- und Versorgungssysteme waren außer Funktion. Von 450 Industriebetrieben waren 50 völlig zerstört, über 100 erheblich beschädigt. Durch die Kriegsereignisse kamen 25% der Landwirtschaft vollständig zum Erliegen, ein großer Teil der Fläche war kaum bebaut. Die Gesamterträge blieben um 2 Mrd. Dollar hinter der Vorkriegsproduktion zurück. Somoza plünderte nach „Art des Hauses“ noch schnell die Staatskasse und hinterließ eine Auslandsschuld von 1,5 Mrd. Dollar.⁵ Der größte Teil der Fachkräfte zog Cornflakes und kalifornischen Wein dem revolutionären Engagement vor — eine seit der russischen Revolution bekannte Erscheinung.

Die kurze empirische Darstellung macht die Folgelasten klar, die die Sandinisten auf sich nehmen mußten. Die soziale Hypothek der Somoza-Clique ist noch weitaus größer. Wie in allen ökonomisch unterentwickelten Ländern steckt die Wirtschaft Nicaraguas in einer extremen strukturellen Abhängigkeit

⁴ ELPais, 21.7. 1982

⁵ Consejo economico de la Direccion Nacional del FSLN (Hrsg.): Situation economica de Nicaragua, Managua 5/81; Comisiön economica para America Latina (CEPAL), UN, Estudios e informes. Nicaragua, El impacto de la mutaciön politica, Santiago de Chile, 1981 S. 16ff, 36

zu den wirtschaftlichen Zentren der Welt. Das Land ist zwar reich an Ressourcen und sehr fruchtbar, doch seine Produkte werden zu Schleuderpreisen gehandelt. Die sozialen Verhältnisse in der Produktion entsprechen denen einer „Bananenrepublik“: gewaltiger Bodenbesitz und großer Reichtum in den Händen weniger, die in Saus und Braus leben — unvorstellbares Elend, Ausbeutung und Unterdrückung bei der Mehrheit der Bevölkerung: Analphabetismus, 33% Arbeitslosigkeit (geschätzt werden 50%), Unterernährung, unzureichende Gesundheitsversorgung.⁶

Die politischen Bündnisse zum Sturz Somozas

Es war ein breites politisches Bündnis, ein Volksaufstand, der den Sieg über den Diktator erst ermöglichte unter der politischen und militärischen Führung der FSLN.⁷ Das Bündnis zeigte schon kurz nach dem Sieg die ersten Risse, bevor es Ende 1980 zerbrach. Die unvereinbaren Auffassungen über den eingeschlagenen Weg ließen es scheitern.

Der „Frente Sandinista de Liberación Nacional“ (FSLN): Die sandinistische Guerilla geht zurück auf Studentenbewegungen der 50er und 60er Jahre, sie stellt die Fortsetzung des Kampfes dar, den Augusto C. Sandino in den 20er und 30er Jahren gegen die amerikanischen Interventionstruppen mit seiner Guerilla erfolgreich begonnen hatte.⁸ Die kubanische Revolution bildete die Grundlage, das aus ihr entwickelte Focus-Prinzip die theoretische Basis.⁹ Mitte der 60er Jahre war die Guerilla bereits aufgegeben. Bis 1970 beschränkte sich die FSLN auf die politische Arbeit und die Ausbildung neuer Einheiten. Den Krieg gegen die Nationalgarde Somozas, die „Guardia“, führte sie nur lokal beschränkt. Bis 1974 sammelte sie weitere Kräfte durch politische Bildungsarbeit und den Aufbau von Zellen unter der Stadt- und Landbevölkerung. Die notwendige Diskussion über die Fortführung des Guerilla-Kampfes mündete in eine Strategiediskussion, die eine Fraktionierung in drei Flügel zur Folge hatte: *Guerra popular prolongada (GPP)*¹⁰, *Tendencia Proletaria (TP)*¹¹ und

6 Orlando Nunez Soto: *El somocismo y el Modelo Capitalista Agroexportador*, UNAM, Managua 1979; Jaime Wheelock Roman: *Imperialismo y dictadura*, Mexico D.F. 1975

7 Frente Sandinista de Liberación Nacional

8 Roland Röscheisen, *Nicaragua, die Revolution geht weiter*, Augsburg 1981, 2.35ff.; Gregorio Selzer: *Sandino General de hombres libres*, Mexico D.F. 1978

9 Eine insbesondere von Régis Debray aus den historischen Besonderheiten der kubanischen Revolution entwickelte Verallgemeinerung, die fatale Folgen hatte für die lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen, vgl. Selbstkritik von Debray, in: *Kritik der Waffen*, Reinbek 1975; Humberto Ortega Saavedra: *50 años de lucha sandinista*, Managua 1980

10 Die Linie „Langanhaltender Krieg“ versuchte Kräfte um sich zu sammeln und unternahm verstärkt politisch-militärische Aktionen auf dem Land, vgl. NACLA: *Report on the Americas*, New York, Vol. XII, Nr. 6, 1978, S. 21 f.; Harald Jung: *Nicaragua. Bereicherungsdictatur und Volksaufstand*, Frankfurt 1980, S. 98ff

11 Die „Proletarische Strömung“ versuchte die verstärkte politische Integration in die städtische Arbeiterschaft. Ihr Ziel war die Bildung einer Partei als Führung der Guerilla

*Tendencia Insurrección (CI).*¹² Die FSLN-TP agierte bis Anfang 1979 eigenständig, GPP und CI verblieben in einer gemeinsamen Organisation. Die ideologische Verschiedenheit, die sich in den drei Tendenzen widerspiegelt, besteht in der FSLN fort. Die Differenzen zwischen den Flügeln haben sich verringert, Fernziel der Frente war die „sozialistische Revolution“, Etappenziel der Sturz Somozas.

Die bürgerlichen Bündnisse: Zeitweilig herrschte zwischen dem Somoza-Clan und großen Teilen des nationalen Bürgertums Übereinstimmung — die Bereicherung des einen ließ den übrigen noch genügend profitable Möglichkeiten. Die Skrupellosigkeit, mit der sich Somoza an den Hilfeleistungen für das Erdbeben von 1972 bereicherte, die Unterstützungsgelder einheimste und den notwendigen Wiederaufbau auf sein eigenes Imperium beschränkte, zerrütteten diesen Burgfrieden. Somozas Legitimation gründete sich nur noch auf das Gewaltmonopol.

Nach der Wahlfarce von 1974, in der ein neues Parlament gewählt werden sollte, bildete das Bürgertum unter Pedro J. Chamorro das oppositionelle Bündnis UDEL¹³. Als nichtrevolutionäre Alternative zum FSLN gedacht, forderte es den Sturz des Diktators. Im Oktober 1977 wurde in Managua das „Manifest der Zwölf“ veröffentlicht.¹⁴ Die Verfasser gingen davon aus, daß jede demokratische Lösung nur ohne Somoza möglich sei. Dem FSLN sollte dabei eine wesentliche Rolle zufallen. UDEL und FSLN arbeiteten fortan am Aufbau einer breiten antisomozistischen Front. Ihr unterschiedlicher Charakter machte allerdings eine Zusammenarbeit unmöglich. Die Ermordung von Chamorro 1978 durch Somoza veränderte jedoch die Kräfteverhältnisse schlagartig; es kam zu Streiks und Aufständen. In vom FSLN beherrschten Gebieten kam es zu kriegsähnlichen Kämpfen und offensiven Landbesetzungen. Im August 1978 folgte die spektakuläre und außerordentlich erfolgreiche Besetzung des Nationalpalastes.¹⁵ Aus den Spaltungen der UDEL (unter Mitwirkung der „Zwölf“) wurde die FAO gebildet, als neue breite Opposition. Anfang Oktober rief die FAO eine provisorische Gegenregierung mit je einem Mitglied der UDEL, der „Zwölfer-Gruppe“ und dem NDM (Honoratiorenpartei) aus.

12 Die Richtung „Volksaufstand“ versuchte ihre Strategie auf ein breites Bündnis (Klassenallianz) zwischen Stadt- und Landbevölkerung aufzubauen.

13 Union Democrática de Liberación; Cheva Demetrio/Süßdorf: Nicaragua. Die historischen Bedingungen einer demokratischen Revolution, in: Bennholt Thomson u. a. (Hrsg.) Lateinamerika, Analysen und Berichte Nr. 4, Berlin-West 1980, S. 15-42

14 Jung, a.a.O., S. 95-107

15 Ebenda, S. 127, diese Aktion wurde zugleich mit dem Aufruf zum Volksaufstand gekoppelt. Es wurde gleichzeitig ein hohes Lösegeld erpreßt, die Freilassung von 60 politischen Gefangenen und freies Geleit nach Panama erreicht.

Somoza erklärte sich aufgrund der ständig wachsenden wirtschaftlichen und militärischen Bedrohung zum „nationalen Dialog“ bereit und versprach freie Wahlen für 1981. Die „Gruppe der Zwölf“ in der FAO forderte dagegen den Rückzug der Familie Somoza und deren Ausreise, die Auflösung der Nationalgarde und die Vorbereitung freier Wahlen. Die Intervention der USA in dieser Phase spaltete die FAO. Der amerikanische Vorschlag lautete: Regierungsbildung unter Ausschluß Somozas sowie der FSLN — bei Aufrechterhaltung der „Guardia“.¹⁶ Der FSLN bereitete sich unterdessen schon auf die Endoffensive vor. Er bildete zu seiner besseren politischen Verankerung die MPU¹⁷ — auf der Grundlage seines politischen Minimalprogramms. Mitte Juni 1979 kontrollierte der FSLN schon große Teile des Landes, viele Ortschaften und die Elendsviertel der großen Städte. Ende Juni versuchte die USA vergeblich, die Organisation amerikanischer Staaten (OAS) für eine militärische Intervention in Nicaragua zu gewinnen. Der wirtschaftliche Bankrott des Regimes und der Sieg der FSLN, getragen von den fortschrittlichen Teilen des Bürgertums, schafften neue Voraussetzungen.

Politisches Programm zum nationalen Wiederaufbau

Schon vor dem Sieg hatte der FSLN 1979 eine Regierungsjunta des nationalen Wiederaufbaus (IRGN) gebildet, in der alle politischen und sozialen Sektoren Nicaraguas repräsentativ vertreten waren. Sie sollte bis zur Ausschreibung allgemeiner Wahlen, nach dem Abschluß des Wiederaufbauprozesses, durch Dekrete regieren. Als oberste staatliche Exekutivinstanz bestand die fünfköpfige Regierungsjunta zunächst aus drei Sandinisten und zwei Vertretern bürgerlicher Gruppierungen. Die Bürgerlichen schieden allerdings später aus der Regierungsjunta wieder aus.¹⁸ Sie sahen sich zu diesem Schritt veranlaßt, weil der FSLN die Sitze des am 4. Mai 1980 entsprechend dem Regierungsprogramm der Junta ins Leben gerufenen Staatsrates (CE) von 33 auf 47 Sitze und später (im Mai 1982) sogar auf 52 erweiterte. Diese Erweiterung des Staatsrates, dem zunächst nur Parteien angehörten, die der FAO nahestanden, wurde vorgenommen, um alle gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen am politischen Willensbildungsprozeß zu beteiligen. De facto erlangten hierdurch jedoch dem FSLN nahestehende Gruppierungen und ihre Massenorganisationen mehr Einfluß.¹⁹ Auf diesem Wege erhielt der FSLN 28 Sitze.²⁰ Die bürgerliche Seite antwortete mit einem Boykottaufruf, der vom Unternehmerv-

¹⁶ Jung, a.a.O., S. 36-49

¹⁷ Movimiento Pueblo Unido

¹⁸ Karsten Jaspersen: Entwicklungstendenzen von Politik und Wirtschaft im nachrevolutionären Nicaragua, Arbeitsunterlagen Nr. 12, Institut für Iberoamerika Kunde Hamburg, VH/1981, S. 11,12

¹⁹ El papel de las Organizaciones de Masas en el Proceso Revolucionario, in: Serie orientacion sandinista Nr. 3 Managua 1980

²⁰ Jaspersen, a.a.O. S. 77f

band CSEP^{20a} erst wesentlich später befolgt wurde. Die kath. Kirche verblieb aber im CE. Die Politik der „nationalen Einheit“ war dadurch formal beendet.

Das politische Programm des FSLN

Der FSLN will einen „demokratischen Sozialismus“ aufbauen, für den bisher eine klare Definition und eine Programmbestimmung ausstehen. Orientierungsmerkmale und Grundprinzipien sind die Aufrechterhaltung des politischen Pluralismus, eine „gemischte Wirtschaft“ und „Blockfreiheit“.²¹

Er geht von einer gerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums aus und einer möglichst schnellen Verbesserung der Lebensverhältnisse für den größten Teil der Bevölkerung. Hierzu ist eine gesamtgesellschaftliche Entwicklungsstrategie notwendig, die den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Nationalisierung der natürlichen Ressourcen umfaßt. Gleichzeitig sollen der Alphabetisierungs- und Erwachsenenbildungsprozeß vorangetrieben, Gesundheitskampagnen durchgeführt, das allgemeine Bildungswesen verbessert, der Kampf gegen die Ausbeutung und Diskriminierung der Frau geführt werden. Die Überlegungen, wie die Produktionsverhältnisse in entsprechender Weise umgewandelt werden sollten, fanden im real Möglichen ihre Begrenzung. Die umgehende Reaktivierung der zerstörten Industrie- und Infrastrukturbereiche mußte sofort erfolgen. Die Verstaatlichung des Somoza-Besitzes stand politisch neben der Garantie der Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln.²² Kernstück der Transformation der Besitzverhältnisse sollte die Agrarreform sein. Zunächst war die ungleiche Landverteilung allerdings nur geringfügig korrigierbar, um Konfrontationen zu vermeiden.

In Nicaragua wurden 60% der bebaubaren Fläche von nur 5% der privaten Betriebe bewirtschaftet und 60% der Betriebe teilten sich 6% der restlichen Fläche. Fast 500000 Kleinbauern produzierten 80% der internen Maisversorgung und 80% der Bohnen, Nicaraguas Grundnahrungsmittel.²³ Nicaragua erwirtschaftet 70% seines Deviseneinkommens über den Verkauf von Baumwolle, Kaffee, Zucker und Fleisch. Allein die Einnahmen aus dem Verkauf von Rohkaffee sind deckungsgleich mit denen des Industrie- und Bergbaussektors zusammen.

20a Consejo Superior de la Empresa Privada; Gliederung der Unterorganisationen in: Jaspersen, a.a.O. S. 79; Eric Hess u.a. (Hrsg.) Nicaragua. Aufbruch in Abhängigkeiten, Zwei Jahre sandinistische Wirtschaftspolitik, Wuppertal 1982, S. 44ff

21 CEPAL, a.a.O.S. 105ff.; Informationsbüro Nicaragua: Die Freiheit beginnt. Wuppertal 1979, S. 31-36; Jorge Barreiro: Economía política del Sandinismo, in: Transición, Barcelona Jg. III, Nr. 24, 1980, S. 15-19

22 Hess, a.a.O. 41-60

23 Instituto Nacional de Reforma Agraria (INRA): La Reforma Agraria Sandinista, Managua, (o. Datum); Jaspersen, a.a.O. 45f

Durch die Verstaatlichung des Somoza-Landbesitzes konnten 80000 ha (25% der Produktion) hochentwickelter Agrarbetriebe in APP (Eigentum der öffentlichen Hand)²⁴ verwandelt werden; der FSLN bezeichnete sie als „Keim der neuen Demokratie“. Hinzu kamen 200000 ha von Besitzungen, deren Eigentümer das Land bereits verlassen hatten. Es wurde an Bauernfamilien übergeben, die Genossenschaften bilden sollten. Dem privaten Großgrundbesitz wurde die Chance gegeben, nicht nur die Produktion aufrechtzuerhalten, sondern sie auch auszubauen. Bis Mitte 1981 blieben 64% der bebaubaren Fläche weiterhin im privaten Großgrundbesitz, 21% wurden staatlich oder genossenschaftlich bebaut, 14% von Kleinbauern bewirtschaftet.²⁵ Das erste Agrarreformgesetz änderte die soziale Situation der Landbevölkerung insgesamt nur punktuell. Über 70000 kleine und mittlere Betriebe (80% der Bauernschaft) erhielten staatliche Kredite und gesicherte Absatzmärkte.²⁶

Auf dem Wege zur Umsetzung der Revolutionsideen: der Plan 1980

Um die sozialpolitische Orientierung des FSLN in eine Wirtschaftsstrategie umsetzen zu können, wurde der Plan 1980²⁷ entwickelt. Seine drei Hauptziele sind: Wiederaufbau, Umverteilung der Einkommen auf unterprivilegierte Schichten, Angleichung des Lohnniveaus, Sicherung der Grundbedürfnisse, Ausbau des staatlichen Sektors.

An den privat- und marktwirtschaftlichen Strukturen wird festgehalten und zugleich eine Transformation der Besitzverhältnisse eingeleitet. Der Schwerpunkt liegt eindeutig auf der Verstärkung des staatlichen Sektors in Landwirtschaft und Industrie. Zugleich sollen die kleinen und mittleren Handwerksbetriebe gefördert werden, möglichst auf kooperativer Basis.

Die erste Antwort der Großgrundbesitzer auf die Maßnahmen der Regierung bestand aus Kapitalflucht und Produktionsboykott. An die neuen Sozial- und Lohngesetze hielten sie sich je nach Opposition der Arbeiter. Die staatlichen Betriebe verzeichneten durchweg Produktionsrückgänge, z. T. durch Mangel an Führungs- und Fachkräften, auch Technologie- und Ersatzteilprobleme spielten eine Rolle.²⁸

Der Industriesektor: Durch die Beschlagnahme des Somoza-Eigentums am Industriesektor konnte sich der Staat auch in diesem Bereich verankern. Die

24 Area Propiedad del Pueblo (Staatliches Eigentum), Fürst, a.a.O. S. 39ff

25 Jaspersen, a.a.O. S. 46

26 Hess, a.a. 45ff

27 Ministerio de Planificación: Plan de reactivación económica en beneficio del Pueblo, Managua 1980

28 Consejo Económico de la Dirección Nacional del FSLN (Hrsg.) Situation Económica de Nicaragua, Managua 5/81

neugebildete staatliche Holding COIP²⁹ verwaltet diesen Industriesektor und versucht, seine Produktion auf die nationalen Bedürfnisse, insbesondere des landwirtschaftsindustriellen Bereiches, zu konzentrieren. Die Produktion der Industrie war größtenteils auf den Export ausgerichtet. Durch die Stagnation des zentralamerikanischen Marktes MCCA,³⁰ als dem Hauptabnehmer der nicaraguanischen Industrieproduktion und durch den Kollaps der Wirtschaft von El Salvador ist jedoch die Vermarktungsstruktur dieses Sektors zusammengebrochen. Ein Teil der Betriebe mußte geschlossen werden. Die Aufgabe, die dem privaten Sektor nun im nationalen Entwicklungsrahmen zufällt, wurde von ihm bisher nicht erfüllt. Mehr noch als in der Landwirtschaft sind Kapitalflucht und Produktionsboykott die Hauptmerkmale der Situation.

Sozialer Bedarf: Dringendste Aufgabe war die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Großkampagnen zur Alphabetisierung und für Präventivmaßnahmen in der Gesundheitsfürsorge machten klar, was politischer Wille zu leisten vermag. Die Anerkennung war weltweit. 1980 versuchte der Staat, 111000 neue Stellen zu schaffen. Die Vorgabe wurde erreicht, die Arbeitslosigkeit von 28% auf 17,5% gesenkt. Ein weiterer Schritt war die Angleichung des Lohnniveaus, insbesondere durch Anhebung des Minimallohns.³¹

Handel: Der private Einzelhandel stützte sich weitgehend auf ausbeuterische Methoden beim Ankauf bei Kleinbauern. Über 60000 Einzelhändler, die den Zwischenhandel und Endverkauf betreiben, versuchten durch Hortung und künstliche Verknappung zunächst ihre eigene Preispolitik zu machen. Der Staat intervenierte durch Parallelaufbau eines Aufkaufs- bzw. Vertriebsnetzes (ENABAS),³² um die Struktur zwischen Produzent und Konsument durchgängiger zu machen. Der interne Zuckerhandel und der gesamte Export wurde vollständig verstaatlicht. Die wenigen Möglichkeiten, den Exportsektor im Rahmen der traditionellen Abhängigkeit zu reformieren, bestehen in der breiteren Steuerung der Handelspartner. Neben den USA sollen insbesondere Europa und die Länder des COMECON in den Export einbezogen werden.

Wo ein Weg ist, ist nicht immer ein Wille: die Resultate der ersten Planungsphase

Die Analyse der ersten Phase zeigt beträchtliche Erfolge des FSLN. Der humanitäre und soziale Gehalt der großen, ökonomisch zwar „unproduktiven“

29 Corporación Industrial del Pueblo, sie soll zum Motor der Kapitalakkumulation des Staates werden, vgl.: Ministerio de Planificación (Hrsg.) Programa Económico de Austeridad y Eficiencia 81, Managua 1981, S. 45 f.

30 Mercado Comun Centroamericano, vgl. Jaspersen, a.a.O. S. 54; Hess, a.a.O. S. 60ff

31 CEPAL, a.a.O. S 99f. Nachrichten für den Außenhandel, Frankfurt 24. 1.1980

32 Staatliche Gesellschaft für den Vertrieb von Grundnahrungsmitteln, vgl. Klaus D. Tangermann: Der Aufbau der „Sandinistischen Demokratie“, in: Bennholt-Thomson, a.a.O. 1981, Nr. 5, S. 190f

Investitionen im Sozialbereich ist nicht hoch genug zu bewerten. Zwar konnte die landwirtschaftliche Exportrate von Zucker (um 215%) und Baumwolle (um 312%) in diesem Zeitraum beträchtlich gesteigert werden, trotzdem schnappte die Falle der weltwirtschaftlichen Preisbildung zu. Die Rohstoffpreise für Kaffee verschlechterten sich weiter und der niedrige Baumwollpreis stagnierte.³³ Trotz des erhöhten Exports überstiegen die Erlöse nicht die des Vorjahres. Die notwendigen Importe für den Neuaufbau haben sich zwischenzeitlich wesentlich verteuert, die „terms of trade“ wesentlich verschlechtert. Von 526 Mio. Dollar Exporteinnahmen muß Nicaragua derzeit 48% (250 Mio.) allein für seine Ölrechnung aufwenden. Obwohl Nicaragua 1980 mit 10,8% und 1981 mit 6% das einzige mittelamerikanische Land mit positivem Wachstum war und obwohl es eine Inflationsrate von „nur“ 25% aufwies (eine der niedrigsten Lateinamerikas), verstärkte sich die ökonomische Krise weiter.³⁴

Der größte Teil des privaten Sektors ist anscheinend trotz finanzieller Anreize und Garantien nicht gewillt, sich mit den neuen politischen Bedingungen zu arrangieren. Der Rückgang an sektoralen Neuinvestitionen beträgt fast 50%. Die Privatwirtschaft stößt sich an dem wachsenden staatlichen Einfluß auf das gesamte Wirtschaftsgeschehen und an den steigenden Forderungen der Arbeiter. Der Unternehmerverband COSEP z. B. stellt sich in strikte Opposition gegen die Politik des FSLN und hält das Konzept der gemischten Wirtschaft für ein „kommunistisches Tarnungsmanöver“: A. Robelo, der Führer der Opposition, meint, das eigentliche Ziel des FSLN sei die Errichtung eines „totalitären kommunistischen Gesellschaftssystems“.³⁵ Andererseits arbeiten insbesondere die Bauwirtschaft und die Nahrungsmittelproduktion, aber auch das mittlere Handwerk mit der Regierung zusammen und sehen ihre Interessen nicht gefährdet. Die Opposition ist somit kein einheitlicher Block, sondern in viele Gruppen gespalten, von denen sich einige an der Regierung beteiligen. Ihre Forderung nach erneuter Einführung des parlamentarischen Systems bürgerlicher Prägung findet im Ausland größeren Anklang als in Nicaragua selbst. Diese Form des Parlamentarismus, die aus der Somoza-Zeit diskreditiert ist, bietet, wie aus den anderen lateinamerikanischen „Demokratien“ hinreichend

33 Weltmarkt-Preisverfall: Zucker: Okt. 1980, 42.8 cts/lb, und am 6. August 82, 17.37 cts/lbs, Baumwolle: Okt. 1980, 89.5 cts/lb. und 6. August 82, 67.81 cts/lb. nach: Außenhandelsblätter der Commerzbank 4/82, S. 14

34 El Nuevo Diario, Managua 15. 1. 82; ebenda 20. 1. 82

35 Robelo führt den MDN (Movimiento Democrático Nicaraguense), nach seiner Selbsteinschätzung eine Sozialdemokratische Partei. Die Sozialistische Internationale verweigert ihr jedoch wegen eindeutig rechter Politik die Aufnahme. Ferner existieren als wichtige Oppositionsparteien: Partido Conservador Demócrata (PCD), die noch aus der Zeit Somozas stammt und deshalb stark diskreditiert ist; Teile von ihr arbeiten jedoch mit dem FSLN zusammen, die sich aus ihrem politischen Umfeld gelöst haben. PSC (Partido Social Cristiano), diese Partei hat gute Beziehungen zur Internationalen der Christdemokraten. PSD (Partido Social Demócrata) Extreme Rechte. Zur Stellung der bürgerlichen Opposition — FSLN vgl. La Prensa (Hrsg.) Encuesta de Opinión, Managua 8/81; ferner: La Prensa 20. 5. 81; NZZ 30. 4. 81

zu ersehen ist, keine Lösungsansätze für die dringenden Probleme.³⁶ Der Vergleich mit den Volkswirtschaften der benachbarten Länder Mittel- und Lateinamerikas läßt klar erkennen, daß deren eindeutig kapitalistische Politik, auch ohne die Lasten, die derzeit Nicaragua zu tragen hat, ebenso vor dem Kollaps stehen.³⁷

„Vertiefung der Grundprinzipien“: der Plan 1981³⁸

Mit dem Plan 1981 sollte die eigene Versorgung mit Grundnahrungs- und Konsummitteln erweitert, die Landwirtschaft durch Rohstoffveredelung und im verarbeitenden Bereich ausgebaut werden und sollte die Industrie verstärkt Düngemittel und Insektizide produzieren und sich an den Ausbaubedürfnissen des Agrarsektors orientieren. Die Privatindustrie wurde erneut zu verstärkter Mitarbeit aufgefordert, die Produktion der gehobenen Konsumgüter eingeschränkt, ihr Import ganz fallengelassen. Die gehobenen Mittelschichten und das Bürgertum konterten jedoch mit weiterer Kooperationsunwilligkeit.

Fehlende Devisen, Ersatzteilprobleme, anhaltender Fachkräftemangel wirken sich weiter lähmend auf die wichtigsten Produktionsbereiche aus. Die Preissteigerungen und die staatlich festgelegten Lohnerhöhungen von 20% führten zu notwendigen Subventionen; die Produktion ging durch Arbeitskonflikte und Unternehmerboykott weiter zurück.

Das Land dem, der es bearbeitet: Das zweite Agrarreformgesetz³⁹

Das zweite Agrarreformgesetz vom Juli 1981 griff in den Großgrundbesitz ein. Flächen ab 350 ha — fruchtbare Küste — bzw. 750 ha — weniger ertragreiche Böden — sollten enteignet werden, „falls sie nicht genutzt oder nur unzureichend bewirtschaftet“ würden. Verlassenes Land sollte entschädigungslos enteignet werden, wenn der Eigentümer länger als 6 Monate im Ausland weilt. Über 1200 Großgrundbesitze mit über 1,2 Mio. ha waren betroffen. Einhunderttausend Bauernfamilien erhielten Landtitel. Bis Ende 1980 gab es bereits 1330 Kooperativen, ein Drittel davon mit gemeinschaftlichem (CAS) und zwei Drittel mit privatem Bodenbesitz.

36 vgl. Manfred Wöhlke: Nicaragua, im Frühjahr 1982, Aktuelle Probleme und Perspektiven der Revolution, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, 4/82 S. 23f., ferner: Klaus Lindenberg (Hrsg.) Lateinamerika Herrschaft, Gewalt und Internationale Abhängigkeit, Bonn 1982

37 Das beste Barometer sind die Vierteljahresberichte der Deutsch-Südamerikanischen Bank, AG. Hamburg

38 Ministerio Plan 81 a.a.O., vgl. Wolfgang Lutterbach, Nicaragua in: NOHLEN NUSCHELER (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt, Bd. 3 Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1982 S. 161ff

39 Ministerio Plan 81, a.a.O. S. 34f; Ley de la reforma Agraria, Gobierno de Reconstruccion Nacional, Decreto 782, 2. 5. 1981

Das Gesetz zum „ökonomischen und sozialen Notstand“

Große Teile der Lohnabhängigen waren bei enormen Preissteigerungen und sinkendem Reallohn nicht weiter gewillt, unter diesen Bedingungen weiter zu produzieren. Die Kluft zwischen ihren Bedürfnissen und den Möglichkeiten des Staates weitete sich explosiv aus; es kam zu zahlreichen Streiks, Betriebsbesetzungen, sinkender Arbeitsleistung. Der FSLN griff zu einer harten Austeritätspolitik, die den Weltbankempfehlungen entsprach.⁴⁰ Die wichtigsten Maßnahmen sind: Strafandrohung bei Verstößen gegen die „ökonomische und soziale Sicherheit“, bei Lebensmittelhortungen, bei Verbreitung von falschen Informationen, bei Arbeitsniederlegung, Streiks, Fabrik- und Landbesetzungen.⁴¹ Die Konflikte mit der eigenen Basis und den Gewerkschaften brachen auf und wurden durch Disziplinierung insbesondere der sandinistischen Gewerkschaften „unter Kontrolle“ gebracht. Diese Politik war zugleich eine Konzession an den privaten Sektor, der verschreckt in den Streiks und Besetzungen sandinistische Urheber suchte. Die Problematik, Anspruch, Wirklichkeit und den Bewußtwerdungsprozeß auf einen Nenner zu bringen, kann jedoch nicht durch Illegalisierung der Grundrechte der Arbeiterbewegung gelöst werden. Es ist ein Zeichen von fehlender politischer Mobilisierung und Tragfähigkeit, das durch administrative Lösungen nur verhärtet wird. So wurden öffentliche Stellen eingefroren, Subventionen gekürzt, verschärft Steuern eingetrieben, der Staatshaushalt um 5% gekürzt.

Nach anhaltender Verschärfung der Krise wurde im März 1982 der Ausnahmezustand ausgerufen.⁴² Alle bürgerlichen Rechte und Freiheiten sind damit außer Kraft gesetzt, die Pressefreiheit ist radikal beschnitten.

Die Unwetterkatastrophe vom Mai 1982, mit einem Gesamtschaden von 450 Mio. Dollar und der Zerstörung vieler bereits abgeschlossener Aufbauprojekte machte ein Großteil der Anstrengungen zunichte und wirkte allgemein entmutigend.⁴³ Dem Hilferuf Nicaraguas, die größte Not zu lindern, folgten nur sehr wenige. Die gesamte Hilfe betrug 5 Mio. Dollar. Das Ausbleiben humanitärer Hilfe muß politisch gewertet werden. Somoza wurde nach dem Erdbeben mit Unterstützung überschüttet. Nur Kuba — darüber hatten die politisch Schwachen bestimmter Presseorgane ihr „Na klar“ schon weltweit verbreitet — war sofort zur Stelle und half beim Wiederaufbau. Es ist sicher, daß dieses Verhalten Auswirkungen auf die politischen Positionen der einzelnen FSLN-Fraktionen haben wird.

40 Worldbank, a.a.O. S. Vif.; La Austeridad: Principio y norma de nuestro pueblo, Serie, Orientacion Sandinista Nr. 3, Managua 1981

41 vgl. Barricada, Managua, 10. 9. 1981; Lateinamerika Nachrichten, Berlin Nr. 103, 9 Jg. S. 39-42;

42 SZ, 17. 3. 1982; FR 17. 3. 1982

43 Bericht: Medico International, 20. - 30. Mai 1982, Frankfurt 1982

Die Arbeiterbewegung in Nicaragua

Die sandinistische Landarbeitergewerkschaft ATC: Entsprechend der Bedeutung des Agrarsektors hat die sandinistische Landarbeitergewerkschaft ATC großes politisches Gewicht. Fast 40% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung arbeiten auf dem Land, in der Industrie sind es 13%, in der Bauwirtschaft 2%.

Die ATC bildete sich 1976 aus regionalen Komitees der Landarbeiter⁴⁴ und beteiligte sich aktiv am Kampf gegen Somoza. In den „sandinistischen Kooperativen“ (CAS)⁴⁵ hatte die ATC bis Ende 1979 über 3200 Mitglieder organisiert. Die lohnabhängigen Landarbeiter sind nach Betriebssektionen gewerkschaftlich zusammengefaßt. 1979 existierten 423 Sektionen, 27000 Mitglieder waren im privaten Bereich und 18000 in Staatsbetrieben organisiert. 1981 vereinte die ATC fast 200000 Mitglieder. Da die Mitgliederstruktur und somit die Interessen zu unterschiedlich waren, schälte sich aus der ATC der Verband der Kleinbauern heraus und bildete die UNAG.⁴⁶ Der Widerspruch, sandinistische Massenorganisation und Gewerkschaft zugleich zu sein, tritt deutlich hervor, wenn die ATC zwischen den subjektiven Forderungen ihrer Mitglieder und denen des Gesamtinteresses am Wiederaufbau unterscheidet. Die Mitglieder aufzufordern, ihre persönlichen Bedürfnisse hinter die des Gesamtprozesses zu stellen ist nur so lange tragbar, wie der Gesamtprozeß die Bedürfnisse der Mitglieder zu fassen in der Lage ist.

Die sandinistische Gewerkschaft CST⁴⁷: Die CST entwickelte sich nach der Revolution aus verschiedenen Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen. Sie hatte bis dahin als Organisation keine Kampftradition, weshalb ihr starker Zustrom nur aus dem Prestige des FSLN zu erklären ist. Die CST war vom FSLN als Einheitsgewerkschaft gedacht. Beide mußten jedoch erkennen, daß sich Einheit nicht bürokratisch von oben durchsetzen läßt und sich die bestehenden Einzelgewerkschaften mit ihrer langjährigen Kampftradition nicht einfach durch ein neues politisches Konzept einbeziehen ließen. Die CST übte Selbstkritik: Ihre Gewerkschaftspolitik sollte mehr von den Mitgliedern bestimmt werden. Da das Prinzip der „Richtungsgewerkschaft“ in Nicaragua vorherrscht, über-

44 Landarbeitergewerkschaft GEW Berlin (Hrsg.): Der Kampf hat viele Gesichter, Gewerkschaften in Nicaragua, El Salvador und Guatemala, Wuppertal 1982, NACLA, a.a.O. Vol. XIV, Nr. 3,5/6 1980, S. 26f; El Primero de Mayo en Nicaragua, Colección Pueblo en Marcha, Nr. 2 Managua 1981; die ATC hat 31079 Mitglieder, nach: Ministerio de Trabajo, Resumen y datos, 30. 5. 1981; Perez/Guevara (Hrsg.) El Movimiento Obrero en Nicaragua To. I, II, III, Managua, 1981

45 Cooperativas Agrícolas Sandinistas, mit gemeinsamem Eigentum am Boden.

46 Unión Nacional de Agricultores y Ganaderos, der ATC nahestehende Organisation der kleinen und mittleren Landwirte und Viehproduzenten

47 Central Sandinista de Trabajadores, Funciones Generales y contenido de Trabajo de los sindicatos y sus juntas Directivas, CST, Managua, (o.D.), sie hat 83984 Mitglieder, Ministerio de Trabajo a.a.O.

nimmt innerhalb eines Betriebes die führende Gewerkschaft die Vertretung der Belegschaft im Produktionsrat. Dieser setzt sich aus dem Unternehmer, den Führungskräften und den Gewerkschaftsvertretern zusammen.⁴⁸

Aufgrund ihrer politischen Gebundenheit steht die CST im gleichen politischen Widerspruch wie die Landarbeitergewerkschaft ATC. Die CST schloß sich dem kommunistischen Weltgewerkschaftsbund an, ohne daß diese Bindung von der Basis beschlossen worden wäre.

*Die CA US:*⁴⁹ Von der PSN,⁵⁰ der sich am realsozialistischen Lager orientierenden KP Nicaraguas, spaltete sich 1970 die PCN⁵¹ ab. In ihr herrschen trotzkistische und maoistische Strömungen vor. Auf dieser politischen Basis wurde 1973 die CAUS gebildet, die insbesondere im handwerklichen Bereich, in der Zement- und Textilindustrie ihre Mitgliederbasis hat. Nach dem die CAUS den FSLN uneingeschränkt unterstützte, forderte sie nach der Revolution die Verstaatlichung aller Produktionsmittel und den Abbruch der Bündnisse mit den Unternehmern. Aufgrund des Wirtschaftsprogramms kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, in denen die CAUS z. B. Forderungen nach Lohnerhöhungen von 100% stellte und Betriebsbesetzungen organisierte. CAUS-Aktivisten wurden verhaftet, verurteilt, später jedoch zum größten Teil wieder freigelassen.⁵²

*Die FO:*⁵³ Der FSLN schloß 1973 eine maoistisch orientierte Gruppe aus, die im Februar 1975 die politische Organisation MAP und den von ihr beeinflussten Gewerkschaftsverband FO bildete. Ihre politische Positionen ähneln denen der CAUS, 1979 trat ein großer Teil ihrer Mitglieder zur CST über.

*Die CTN:*⁵⁴ Sie wurde 1972 von drei christdemokratisch orientierten Parteien und Gruppierungen gegründet, orientiert sich politisch an der Sozialchristlichen Partei und organisierte sich im lateinamerikanischen Regionalverband Christlicher Gewerkschaften CLAT wie im „Weltverband der Arbeit“. Ihre Basis hat sie vornehmlich im landwirtschaftlichen Bereich. Die CTN beteiligte sich am Boykott des Somoza-Regimes, richtete sich nach der Revolution konservativ aus und erhielt große Hilfe von den christdemokratischen Parteien des Auslandes. Heute propagiert die CTN den offenen Kampf gegen den FSLN.

48 vgl. GEW Berlin a.a.O. S. 40

49 Confederación de Acción y Unidad Social; GEW a.a.O. 56-65 hat 2937 Mitglieder, Ministerio de Trabajo a.a.O.

50 Partido Socialista Nicaraguense, sich am realexistierenden Sozialismus orientierende KP, die sich in die FSLN integriert hat.

51 Partido Comunista de Nicaragua, KP-(Maoistisch orientiert)

52 vgl. Wöhlke, a.a.O. S. 19

53 Frente Obrere

54 Confederación de Trabajadores de Nicaragua, hat 3511 Mitglieder, Ministerio de Trabajo, a.a.O., zur Auslandsunterstützung, vgl. Voorang voor de Sandinisten, aus: Bondgenoot, Den Haag, 21. 9. 79

*Die CUS:*⁵⁵ Die Gründung der CUS ging auf eine Initiative des Nordamerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO aus dem Jahre 1962 zurück. Gleichzeitig folgte sie einer Intention des „Amerikanischen Institutes für die Entwicklung freier Gewerkschaften“ (AIFLD), das, insbesondere nach der kubanischen Revolution, in Lateinamerika versuchte, die außerordentlich politisierten Gewerkschaften durch den Aufbau einer „unpolitischen Gegenbewegung“ zu entschärfen. Das AIFLD und die an ihm beteiligten US-Unternehmerkreise versuchten dadurch langfristig den Kontakt der Gewerkschaften zu Sozialrevolutionären Bewegungen ab- und eine Gewerkschaftsbewegung nach amerikanischen Traditionen aufzubauen.⁵⁶ Die Nähe zu diesen Institutionen, verbunden mit dem aus der Geschichte Nicaraguas resultierenden Anti-Amerikanismus haben das Verhältnis zwischen dem FSLN, den sandinistischen Gewerkschaften und der CUS außerordentlich gespannt. Es kam zu Übergriffen und Verhaftungen. Die CUS organisierte sich im Befreiungskampf gegen Somoza in der FAO und gehörte nicht zu den Oppositionsblöcken um den FSLN. 1979 wurde ihr Generalsekretär von der „Guardia“ ermordet. 1981 entschied sich die CUS für die Beteiligung am gesellschaftlichen Aufbauprozeß Nicaraguas. Sie wendete sich gegen die Notstandsgesetze, unterstützte das Projekt der Einheitsgewerkschaft, beteiligte sich jedoch nicht an deren Arbeitssitzungen. Die CUS ist Mitglied im „Internationalen Bund freier Gewerkschaften“ (IBFG) und dessen lateinamerikanischen Regionalverband (ORIT).⁵⁷

*Die CGT-I:*⁵⁸ Die kommunistische Gewerkschaft CGT⁵⁹ hat die längste politische Tradition in der nicaraguanischen Arbeiterbewegung. Ihre Bündnisse mit dem unter Somoza-Kontrolle stehenden Gewerkschaftsverband CTN machten sie politisch außerordentlich dubios. Weil die CGT in Somoza-Nähe bleiben wollte, kam es 1961 zu einer Spaltung. Die PSN gründete die CGT-I, die sich in der Folgezeit mehrmals spaltete. Nachdem der Sieg des FSLN immer deutlicher wurde, änderte auch die kommunistische Partei ihre Einschätzung dieser Bewegung, die sie bis dahin als „kleinbürgerlich und sektiererisch“ klassifizierte. Sie trat ebenso wie große Teile der CGT dem FSLN bei.⁶⁰

55 Confederacion de la Union Sindical, 1688 Mitglieder, Ministerio de Trabajo, a.a.O. Nach Angaben des IBFG ist von der CUS Anfang August 1982 ein Gewerkschaftssekretär verhaftet worden. Der IBFG hat ferner eine Klage bei der IAO eingereicht wegen Verletzung der Vereinigungsfreiheit in Nicaragua, aus: Internationale Gewerkschaftsnachrichten, Brüssel 12. 8. 82, S. 5

56 Hans Ulrich Bürger: Zur Politischen Rolle der Lateinamerikanischen Gewerkschaften, Schriftenreihe des Forschungsinstitutes der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn 1971. Zu dieser Problematik sind in der Reihe: Entwicklungsländerforschung eine Vielzahl von Arbeiten erschienen, FES Bonn.

57 Organización Regional Interamericana de Trabajadores, vgl. Max Diamant: Zur gewerkschaftlichen Situation Lateinamerikas. Der Konflikt AFL/CIO und die ORIT, CEDAL, San Jose, Costa Rica 1969

58 Confederacion General de Trabajadores (independiente) 6470 Mitglieder, Ministerio de Trabajo, a.a.O.

59 Confederacion General de Trabajadores

60 Sie tritt trotzdem als eigenständige Organisation auf.

*Die Einheitsgewerkschaft CSN:*⁶¹ Nachdem das Konzept der FSLN, über die CST eine Einheitsgewerkschaft per Verordnung aufzubauen, gescheitert war, kam es 1980 zu einem Gründungskongreß, an dem alle nicaraguanischen Gewerkschaften teilnahmen. Bei diesem Kongreß wurde die CSN gebildet. Durch einen schrittweisen Vereinigungsprozeß sollte erreicht werden, daß sich nach dem Prinzip: „Einheit in der Aktion unter Beibehaltung der verschiedenen politischen Konzeptionen“ eine Einheitsgewerkschaft entwickeln konnte. Neben den FSLN-Gewerkschaften und den ihnen nahestehenden Berufsförderungen sind der CSN auch Gewerkschaftszentralen angeschlossen, die relativ große Widersprüche zu diesen Massenorganisationen haben. Die FSLN-Organisationen vertreten in der CSN eine eindeutige politische Zielsetzung und bestimmen das Programm. Daraus jedoch herzuleiten, die CSN sei lediglich ein Transmissionsriemen, übersieht die Möglichkeit der angeschlossenen Gewerkschaften, sich innerhalb der CSN auf ein gemeinsames Selbstverständnis zu einigen, um damit auch nach außen eine größere Autonomie zum FSLN zu erreichen.

Gesamteinschätzung

Der von der FSLN unter Berücksichtigung der außen- und innenpolitischen Verhältnisse eingeschlagene sogenannte einzig gangbare „Dritte Weg“ ist theoretisch ein außerordentlich komplexes, labiles Übergangsgebilde voller Widersprüche.⁶² Seine praktische Umsetzung in der Dialektik der dargestellten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse kommt einem Drahtseilakt gleich. Die Reorganisation der Wirtschaft folgt der Interessenlage der unterprivilegierten Bevölkerung und geht einher mit einer Neuorganisation der Produktionsverhältnisse. Dabei sind planwirtschaftliche Eingriffe unumgänglich bei Weiterbestehen der Privatwirtschaft, die sich an den Verwertungsbedingungen des Kapitals orientiert. Diese gewählte Koexistenz des staatlichen und privaten Sektors führt zwangsläufig zu einem Akkumulationsmodell, das dem der übrigen kapitalistischen Nationalwirtschaften entgegengesetzt ist. Die Besonderheiten der nicaraguanischen Entwicklung haben Produktionsverhältnisse hervorgebracht, in denen der Staat nicht zur Rettung des Privatkapitals in einem eingeschränkten keynesianischen Sinne angetreten ist, sondern zu einer umfassenden Sozialisierung der Investitionen tendiert und selbst Teilbereiche mit hohen Akkumulationsraten übernommen hat. Die Produktion soll in der Weise organisiert werden, daß die Teilinteressen mit dem nationalen Gesamtinteresse übereinstimmen. Der Aufbau einer derart ausgerichteten Ökonomie ist nicht durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln

61 Coordinadora Sindical de Nicaragua, Plataforma, 10. de Diciembre 1980

62 vgl. Wöhlke, a.a.O. S. 27ff; ferner: Claus Leggewie: Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg — Alternative, Bluff oder Herrschaftsideologie, in: Nohlen/Nuscheler (Hrsg.) a.a.O. Handbuch Nr. 1 1982: 395-414

zu lösen. Die politische Überzeugung der unmittelbar Produzierenden muß ihr wesentlicher Motor werden; disziplinierende Dekrete helfen auf Dauer nicht weiter. Die Doppelfunktion des FSLN wird dabei immer komplizierter. Er muß zugleich als Motor der Bewußtseinsbildung fungieren und dem Bürgertum seine Akkumulationsmöglichkeiten sicherstellen.⁶³ Die Gefahren einer sich am realsozialistischen Lager orientierenden Verhärtung mit ihren folgenden Deformierungen sind nicht unbedeutend.⁶⁴

Der drohende Staatsbankrott kann nur durch wohlwollende Umschuldungsverhandlungen abgewendet werden, die dem reformpolitischen Spielraum der Regierung weiter Luft geben. Der Schuldendienst, der mit dem Rückzahlen der Somoza-Kredite 1985 einsetzen soll, übersteigt die derzeitigen gesamten Exporterlöse. Der Strangulierung durch Auslandsverschuldung, Devisenknappheit und Destabilisierung kann Nicaragua nur durch massive Hilfe entgehen. Geschieht dies nicht, wird ein Experiment zertrümmert, das als Alternative gilt. Außenpolitische Hegemonialinteressen nach imperialem Schnittmuster, wie sie die Reagan-Administration derzeit in Mittelamerika betreibt,⁶⁵ müssen durch eine Politik ersetzt werden, die unter Anerkennung des Rechts auf politische Selbstbestimmung gewillt ist, Experimente zu unterstützen, die effektive Grundlagen für eine gesellschaftliche Entwicklung produzieren. Der amerikanischen Opposition und insbesondere der sozialistischen Internationale fällt hier die Hauptverantwortung zu. Ein Vietnam sollte Lehre genug gewesen sein.

63 Tangermann, a.a.O. 192ff

64 New York Times, 9. 10. 81; ebd. 16. 3. 82; FR 17. 2. 82; FAZ 16. 2. 82 Zentralamerika: Perspektiven nach dem Volksaufstand, in Nicaragua Expertengespräch der FES, Bonn 13. 3. 81 S. 20

65 Vgl.: FR 2. 8. 82; Vorwärts 2. 8. 82; Zur USA-Mittelamerika-Kuba Politik vgl. den spektakulären Artikel des ehemaligen Chef der US-Interessenvertretung in Havanna Wayne Smith, in: Foreign Policy Nr. 47, September 1982